Düstere Sicht relativiert

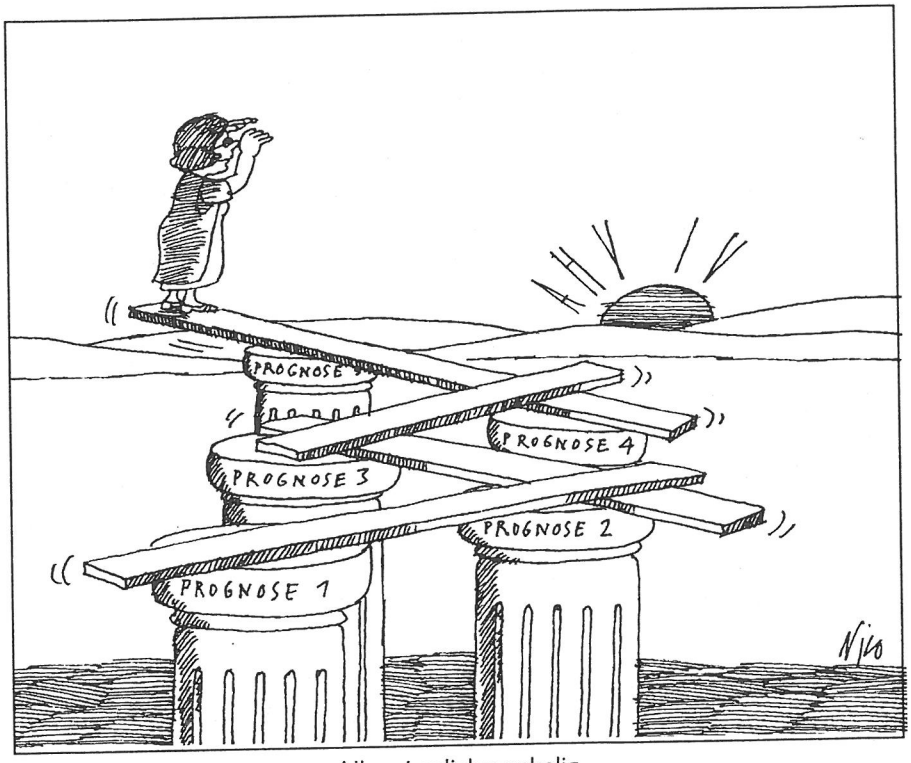
Bundesrätin Dreifuss: «Nichts Überraschendes» zur Zukunft der Sozialwerke

Die Politik habe genügend Zeit und Möglichkeiten, um auf den finanziellen Mehrbedarf aller Sozialversicherungen von 6,8 Mehrwertsteuer-Prozenten im Jahr 2010 zu reagieren. So kommentierte Sozialministerin Ruth Dreifuss am Montag vorzeitig publik gewordenen Finanzperspektiven.

■ VON CHRISTINA LEUTWYLER, BERN

Es gebe keinen Widerspruch zwischen der Einschätzung der Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» und ihren eigenen Aussagen vor einem halben Jahr, erklärte Dreifuss bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz. Als sie den Mehrbedarf im Jahr 2010 auf 4 bis 5 Mehrwertsteuer-Prozente beziffert habe, habe sie sich im wesentlichen auf die AHV und IV bezogen, nicht aber auf die Krankenversicherung.

Der Bericht, der übermorgen veröffentlicht und in zwei Wochen im Bundesrat diskutiert wird, ermöglicht laut Dreifuss erstmals eine Gesamtschau aller Sozialversicherungen. Dass einzelne Zahlen daraus durch Indiskretion vorzeitig bekannt wurden, hat der Bundesrat scharf kritisiert. Dreifuss attestiert den Aussagen über den Mehrbedarf von 29 Milliarden Franken im Jahr 2010 eine «recht hohe Wahrscheinlichkeit». Diese Auslegeordnung lasse erkennen, wann Entscheide getroffen werden müssten, um nicht Defizite anwachsen zu lassen.



Alles ziemlich wackelig.

Die Schätzungen über das Jahr 2010 hinaus seien hingegen «wenig sicher», unterstrich Dreifuss. Die Arbeitsgruppe kommt aufgrund bestimmter demographischer und wirtschaftlicher Annahmen zum Schluss, bis 2025 sei mit einem weiteren Mehrbedarf von 22 Milliarden zu rechnen, was 6,2 Mehrwertsteuer-Prozenten entspricht.

Kommentar in der 5. Spalte
Berichte Seite 2

Dreifuss: «Keep cool»?

■ VON RICHARD ASCHINGER

«Keep cool», sagt Innenministerin Ruth Dreifuss zu den am Wochenende durch Indiskretion publizierten Zahlen einer bundesrätlichen Expertengruppe, die allen Sozialwerken der Schweiz gesamthaft bis im Jahr 2010 teilweise ungedeckte Mehrausgaben von rund 30 Milliarden Franken voraussagt. «Kein Grund zur Panik. Die Studie enthält keine überraschenden Erkenntnisse. Das ist eine Entwicklung, die wir meistern können.»

Mit Verlaub: Das wird unsere Gemüter nicht kühlen. 7 zusätzliche Mehrwertsteuer-Prozente in 15 Jahren, möglicherweise 13 Prozente in 25 Jahren für die Sicherung der AHV/IV, der Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung und der Pensionskassen: Solche Zahlen erschüttern das Vertrauen in die langfristige Tragkraft unserer heutigen Sozialstrukturen und machen Reformen unausweichlich.

Ruth Dreifuss wehrt sich vehement gegen eigennützige Versuche der Arbeitgeberverbände, mit wirtschaftlichen Katastrophenszenarien eine Demontage der Sozialwerke einzufädeln. Sie hat recht: Mit dem entsprechenden politischen Willen ist es der Schweiz trotz steigendem Alter der Bevölkerung und trotz globalem Wettbewerbsdruck auch in Zukunft möglich, ihre Solidaritätsnetze zu sichern. Die Innenministerin hätte aber politisch viel mehr Überzeugungskraft, wenn sie sich angesichts von aufrüttelnden Zahlen alarmiert und reaktionsbereit zeigen würde, statt sich mit nicht nachvollziehbaren «keep cool»-Appellen dem Vorwurf der ideologischen Igelpolitik auszusetzen.

Über die vorzeitige Publikation des Berichts sei der Bundesrat «höchst empört», war nach der Regierungssitzung zu hören. Diese Reaktion zeigt, dass man im Bundeshaus immer noch wenig Ahnung hat, wie Politik und Medien heute funktionieren. Für Interessengruppen sind Zahlen aus geheimen Studien Waffen in der politischen Auseinandersetzung. Für Zeitungen, Radio- und Fernsehen sind sie Trägerraketen zum Verkaufserfolg. Im Bestreben, die Einführung der Mutterschaftsversicherung im letzten Moment noch zu verhindern, hat im vorliegenden Fall offenbar ein Experte oder ein Beamter die aufsehenerregenden Zahlen über die Zukunft der bestehenden Sozialwerke einem Journalisten zugesteckt. Und der «SonntagsBlick» hat sich die Chance verständlicherweise nicht entgehen lassen.

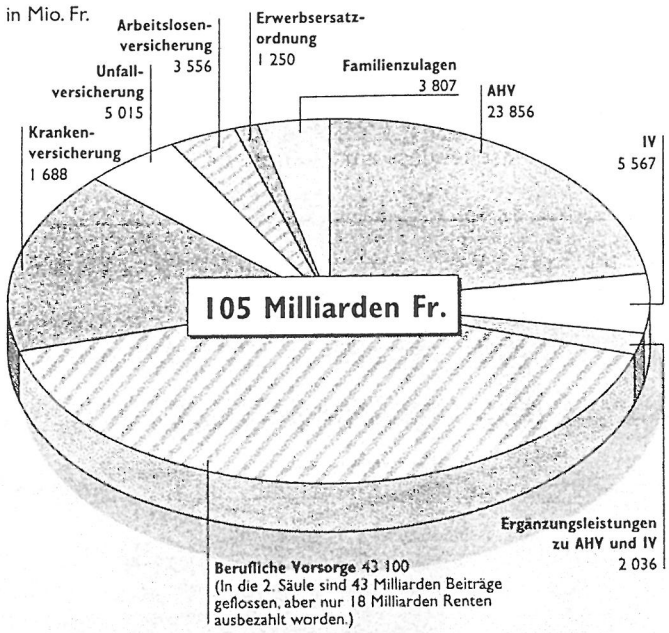
Gegen Indiskretionen gibt es heute nur noch eine Strategie: sofortige Transparenz. Die Vorstellung, dieser Bericht werde zwei Wochen lang still auf die offizielle Publikation warten, war naiv. Statt über die bösen Medien zu lamentieren, müssten sich die Informationsverantwortlichen eigentlich über ihre eigene Stümperhaftigkeit ärgern.

Sozialversicherungen – bald ein Luxus?

Der Bundesrat tastet sich zu einer klaren Linie vor. Kaspar Villiger verlangt einen verbindlichen Finanzierungsrahmen

Soziale Sicherheit in Zahlen

Wohin das Geld fliesst (Aufwendungen 1993) in Mio. Fr.



Woher das Geld kommt (Einnahmen 1995 bzw. 1994 oder 1993) in Mio. Fr.

AHV: Beiträge 1995	**24 512**
davon	
Versicherte und Arbeitgeber	18 646
öffentliche Hand	4 809
IV: Beiträge 1995	**6 483**
davon	
Arbeitnehmer und -geber	3 131
öffentliche Hand	3 285
Ergänzungsleistungen zu AHV/IV Beiträge der öff. Hand (1995)	**2 158**
2. Säule: Einahmen 1993	**43 100**
davon	
Beiträge Arbeitnehmer	8 900
Beiträge Arbeitgeber	14 700
Kapitalertrag	16 700

Krankenversicherung Beiträge 1993	**16 884**
davon	
Versicherte	13 417
öffentliche Hand	1 996
Unfallvers. Einnahmen 1994	**5 563**
davon	
Beiträge der Versicherten	4 304
Arbeitslosenvers. Einnahmen 95	**5 488**
davon	
Beiträge Arbeitnehmer und -geber	5 448
Erwerbsersatz: Einnahmen 1995	**860**
davon	
Beiträge Arbeitnehmer und -geber	669
Familienzulagen Beiträge 1995	**3 849**

TA-GRAFIK STR

Die Indiskretion, die am Montag im Bundeshaus einen solchen Wirbel verursacht hatte, betrifft einen Bericht über die finanziellen Perspektiven der Sozialwerke. Es handelt sich um erste Abklärungen, die der Bundesrat in Auftrag gegeben hat, um seinen Kurs festzulegen.

VON VERENA THALMANN

Seit dem Beginn der Wirtschaftskrise wird intensiv über die Sozialausgaben diskutiert. Zunächst wartete man ungeduldig auf den Drei-Säulen-Bericht aus dem Departement des Innern, der nach einigen Verzögerungen im vergangenen Oktober veröffentlicht wurde, zu den finanziellen Perspektiven aber wenig aussagte. Er zeigt vor allem auf, wo das soziale Netz noch Löcher hat und wie sie geschlossen werden könnten. Immerhin ging daraus hervor, dass die AHV vom Jahr 2000 an eine Finanzierungslücke aufweist und die Einnahmen der IV bereits seit 1993 die Ausgaben nicht mehr zu decken vermögen.

Die Überprüfung der mittel- und langfristigen Sicherung des Drei-Säulen-Systems war einer «interdepartementalen Arbeitsgruppe Finanzierung der Sozialversicherungen» übertragen worden, der IDA FiSo. Sie sollte die Auswirkungen der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie mögliche Finanzierungsalternativen aufzeigen. Diese Kommission unter der Leitung von Claudia Kaufmann, der Generalsekretärin des Departements des Innern, hat ihre Arbeiten vor kurzem abgeschlossen.

Noch bevor sie der Bundesrat zur Kenntnis nehmen konnte, hat der «SonntagsBlick» daraus erste Ergebnisse bekanntgegeben (siehe TA vom Montag). Das Departement von Ruth Dreifuss hat sie wie folgt präzisiert: Die Kommission schätzt, dass bis zum Jahr 2010 zusätzliche Mittel im Umfang von 29 Milliarden Franken oder 6,8 Mehrwertsteuerprozent erforderlich sind, um den bisherigen Standard zu halten. Den Hauptanteil beanspruchen die Krankenversicherung mit 2,6 Prozent, die AHV mit 2,5 Prozent und die IV mit 1,3 Prozent. Bis ins Jahr 2025 kommen weitere 22 Milliarden hinzu. In der Krankenversicherung geht die IDA FiSo vom heutigen Kostenwachstum aus, da die dämpfende Wirkung des neuen Gesetzes noch schwer abzuschätzen sei.

Finanzminister macht Druck

Insbesondere Finanzminister Kaspar Villiger will genau wissen, was auf seine Haushaltkasse zukommt. Bereits im Januar hatte er an der FDP-Delegiertenversammlung in Rapperswil angeregt, dass die Höhe der Sozialbeiträge in Gesprächen mit Parteien und Sozialpartnern ausgehandelt werden sollte. Als «Denkanstoss» meinte er: «Das mag neben real gleichbleibenden Bundesbeiträgen und neben den schon geltenden Lohnabzügen (. . .) mittelfristig das für die AHV reservierte Mehrwertsteuerprozent und längerfristig noch ein weiteres Mehrwertsteuerprozent sein.» Mit diesen Finanzierungsquellen hätten AHV, IV, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung verbindlich auszukommen. Allfällige Mehrleistungen könnte das Volk nur noch beschliessen, wenn gleichzeitig die Finanzierung sichergestellt wird.

Bei der Diskussion über die Regierungsrichtlinien im März beschloss der Bundesrat auf Villigers Initiative, die Situation rasch zu klären. Das Departement des Innern soll demnächst beauftragt werden, eine Nachfolgekommission einzusetzen, um alternative Szenarien für die Festlegung eines Finanzierungsrahmens zu erarbeiten. Ihr werden voraussichtlich weitgehend die Mitglieder der IDA FiSo angehören.

AHV rasch sanieren

Inzwischen hat sich auch das Parlament eingeschaltet. Am letzten Freitag drängte der Nationalrat den Bundesrat gegen seinen Willen, das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent zur Sicherung der AHV noch vor Ende 1997 zu beantragen. Die Finanzlage dieses Sozialwerks hat sich wegen der Konjunkturflaute rascher verschlechtert als erwartet.

«Zu pessimistisch»

Für SP-Nationalrat Rudolf Strahm bleiben Sozialwerke finanzierbar

Rudolf Strahm präsidiert die SP-Kommission, die ein eigenes Konzept zur Finanzierung der Sozialversicherungen ausarbeitet. Für ihn malt die inderdepartementale Arbeitsgruppe viel zu schwarz.

■ MIT RUDOLF STRAHM SPRACH BRUNO VANONI

Herr Strahm, ist nun der Beweis erbracht, dass unsere Sozialwerke bald nicht mehr finanzierbar sind?

Das Hochstilisieren von Finanzierungslücken schadet der Wirtschaft. Es verunsichert nur: Die Leute konsumieren noch zurückhaltender und sparen noch mehr. Das ist unbestrittenermassen schon heute einer der Gründe für die flaue Wirtschaftsentwicklung.

Allein bis zum Jahr 2010 werden die Ausgaben der Sozialversicherungen um 29 Milliarden Franken anwachsen; bis zum Jahr 2025 wären 13 zusätzliche Mehrwertsteuerprozent nötig, um sie zu finanzieren. An dieser Feststellung lässt sich kaum rütteln.

Es ist aber falsch, ja bösartig, dies als Finanzierungslücke darzustellen. Der Bericht listet Brutto-Mehrausgaben auf. Die Politik wird jetzt aufzeigen müssen, wie sie sich decken lassen. Zur Diskussion stehen beispielsweise höhere Prämien in der Krankenversicherung und der AHV-Zuschlag auf der Mehrwertsteuer, den das Volk bereits bewilligt hat. So zu tun, als ob sich bei den Einnahmen nichts änderte, nichts ändern liesse, ist völlig irreführend.

Zugegeben, die Finanzierung muss nicht ausschliesslich über 13 zusätzliche Mehrwertsteuer-Prozent erfolgen. Doch der Gegenwert muss irgendwie bezahlt werden.

Rudolf Strahm. BILD RUTI

Aber nicht nur über den Staat. Selbst unter den pessimistischen Annahmen des Berichts halte ich es für möglich, bis zum Jahr 2010 einige zusätzliche Mehrwertsteuerprozente aufzubringen. Der Mehrbedarf aller Sozialversicherungen wird bis dann auf 6, 7 Mehrwertsteuerprozent geschätzt. Ich bin eigentlich erfreut, dass es nicht dramatischer aussieht. Das ist finanzierbar . . .

. . . sofern das Volk den Steuererhöhungen zustimmt.

Gewiss ist der Steuerwiderstand der Bevölkerung eine Grundkonstante der schweizerischen Politik. Aber wenn es noch Möglichkeiten für höhere Einnahmen gibt, dann sind es zweckgebundene Mehrwertsteuererhöhungen für einzelne Sozialwerke. Ein AHV-Prozent 1998, ein zweites im Jahr 2006, vielleicht einmal ein halbes Prozent für die Invalidenversicherung – ich bin überzeugt, dass wir dies durchbringen könnten, weil ein solches schrittweises Vorgehen im Vergleich zur Preisentwicklung kaum spürbar sein wird. Das zusätzliche Mehrwertsteuerprozent, das für die demographisch bedingten AHV-Mehrausgaben bestimmt ist, muss allerdings in den nächsten ein, zwei Jahren eingeführt werden – und nicht erst im Rahmen der 11. AHV-Revision.

Ein neues Sozialwerk wie die Mutterschaftsversicherung liegt ebenfalls noch drin?

Sie wird nur 0,24 Lohnprozent kosten plus noch etwa halb soviel aus der Bundeskasse, wie heute für die Käseunion im Ausland aufgewendet wird. Nein, die 700 Millionen Franken für die Mutterschaftsversicherung sind tragbar. Einen grossen Teil davon bezahlen die Arbeitgeber ja heute schon, indem sie für durchschnittlich acht Wochen Mutterschaftsurlaub aufkommen.

Die Aufregung über die neusten Zahlen ist also unangebracht?

Sie entspringt gezielter Stimmungsmache, die gegen den Ausbau des Sozialstaats gerichtet ist und letztlich nur der Privatassekuranz dient: Wer um seine Renten fürchtet, wird mehr in die private Vorsorge und Lebensversicherung investieren.

Die Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung hat die aufsehenerregenden Zahlen wohl ohne diese Absicht erarbeitet.

Mein Vorwurf trifft nicht die Arbeitsgruppe, sondern die Art, wie ihre Zahlen aus dem Zusammenhang gerissen und missbraucht werden. Allerdings mache ich auch methodische Vorbehalte: Dass die Arbeitsgruppe bis zum Jahr 2010 mit 1,3 Prozent Wirtschaftswachstum rechnet und später nur noch mit 0,5 Prozent, ist für mich als Ökonom wenig plausibel.

«Prioritäten setzen»

FDP-Ständerat Fritz Schiesser will AHV und IV sichern

Fritz Schiesser leitet die Ständeratskommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, die sich unter anderem um die AHV kümmert. Der Bericht biete einen guten Überblick, meint der Glarner.

■ MIT FRITZ SCHIESSER SPRACH BRUNO VANONI

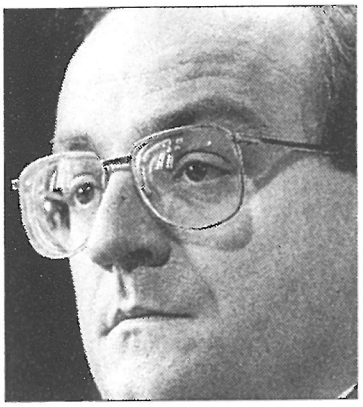
Herr Schiesser, erschreckt Sie der neuste Bericht zur Zukunft der Sozialwerke?

Was die AHV betrifft, hätten wir es eigentlich schon lange wissen müssen – aufgrund des Berichtes über die demografische Entwicklung. Aber ich muss zugeben: Man hat die Grundtendenz lange nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Vielleicht habe auch ich zu spät erkannt, was auf uns zukommt. Immerhin hat der Ständerat meiner Motion für eine rasche 11. AHV-Revision zugestimmt, damit die künftigen AHV-Ausgaben noch rechtzeitig beeinflusst werden können.

Mehreinnahmen ziehen Sie nicht in Betracht?

Die möglichen Sparmassnahmen wie die Abschaffung vom Mischindex, die Erhöhung des Rentenalters oder die Beitragserhöhung für Selbständigerwerbende bringen gemessen an der drohenden Finanzierungslücke relativ wenig. Deshalb wird das Volk für Mehreinnahmen gewonnen werden müssen – oder dann müssen die Leistungen gekürzt werden. Für mich persönlich steht fest, dass man dies nicht bei jenen tun dürfte, die auf die AHV angewiesen sind.

Wird das Volk bereit sein, zugunsten der AHV mehr Mehrwertsteuer zu bezahlen?



Fritz Schiesser. BILD RUTI

Davon bin ich überzeugt, sofern die AHV-Finanzen nicht beschönigend dargestellt werden und das zusätzliche Mehrwertsteuer-Prozent rasch beantragt wird. Je später wir damit kommen, desto weniger lässt sich das Loch noch stopfen.

Die AHV verursacht mittelfristig nur ein gutes Drittel, längerfristig die Hälfte der gesamten Mehrausgaben aller Sozialversicherungen. Überrascht Sie dies?

Am meisten erstaunt mich der grosse Finanzbedarf der Invalidenversicherung. Deshalb ist es wichtig, so rasch wie möglich auch sie zu revidieren, um die Kostenentwicklung einzudämmen. Denn ihre Defizite belasten den AHV-Fonds in einem bedenklichen Ausmass.

Noch höhere Zusatzausgaben wird die Krankenversicherung erfordern, nicht zuletzt weil es immer mehr pflegebedürftige Hochbetagte geben wird. Wären Sie bereit, ihnen zur Kostensenkung gewisse medizinische Leistungen vorzuenthalten?

Nein. Welche medizinischen Leistungen in welchem Alter vernünftig sind, müssen zuerst einmal die Ärzte entscheiden. Es wäre für mich unerträglich, Krankenkassenleistungen für teure Behandlungen von betagten Patienten auszuschliessen. Ich habe für das neue Krankenversicherungsgesetz gekämpft, das allen über eine erweiterte Grundversorgung das Nötige sichert. Sollten wir mit dem revidierten Gesetz allerdings scheitern, würde das Tor für eine Zweiklassenmedizin geöffnet. Das wäre eine Katastrophe.

Was bleibt denn noch übrig, um die Mehrausgaben aller Sozialversicherungen zu decken: halt doch 13 zusätzliche Mehrwertsteuer-Prozente?

Sicher wird das Sparpotential auch im Gesundheitswesen noch besser ausgeschöpft werden müssen. Vor allem gilt es jetzt aufgrund der vorliegenden Gesamtschau Prioritäten zu setzen. Selbst wenn es zu einer harten Auseinandersetzung darüber kommen wird, bin ich überzeugt, dass das Volk vor allem die AHV und die IV gesichert haben will.

Für die Mutterschaftsversicherung sehen Sie keine Chance?

Meiner Meinung nach wäre es grundfalsch, wenn der Bundesrat nun kurz nach Bekanntwerden der Finanzperspektiven aller bestehenden Sozialversicherungen nächste Woche wie geplant seinen Vorschlag für eine Mutterschaftsversicherung vorlegte. Aufgrund der publik gewordenen Zahlen müssen wir die Prioritäten bei den bestehenden Sozialwerken setzen. Ich bin froh, dass der Bericht eine Gesamtschau ermöglicht.